

Bonn, den 24.01.2024
Mitteilung NA_EU_2024_002

Betreff: Mitteilungspflicht Steuer-Identifikationsnummer

Sehr geehrte Erasmus+ Koordinatorinnen und Koordinatoren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für Ihre Hinweise bzgl. des Umgangs mit der „Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden“.

Im Folgenden stellen wir die Ihnen die Einschätzung der Rechtsstelle des DAAD zur Verfügung.

1. Vorgaben und Geltungsbereich:

Die ursprüngliche Mitteilungsverordnung wurde 2012 veröffentlicht.

Zur Anwendung der aktuellen Mitteilungsverordnung (geändert zuletzt durch die sechste Verordnung zur Änderung steuerlicher Verordnungen vom 19.12.2022) ist auf zwei Erlasse des Bundesministeriums der Finanzen abzustellen:

1. Der Erlass vom 09.06.2023, regelt die Anwendung der Mitteilungsverordnung ab sofort bis zum 31.12.2024 (Anlage 1).
2. Der Erlass vom 26.09.2023, regelt die Anwendung der Mitteilungsverordnung ab dem 01.01.2025 (Anlage 2).

Hochschulen, die aus Zuwendungen Stipendien (z.B. Erasmus) vergeben sind als Körperschaften des öffentlichen Rechts unter den Behördenbegriff der Norm zu subsumieren, so dass eine Mitteilungspflicht besteht.

2. Anwendung

Im Erlass vom Juni wird an entsprechender Stelle (5.2.1.1 Allgemeines, Rz.66) in der Mitteilung die "Steuernummer" des Zahlungsempfängers verlangt, "wenn diese der mitteilenden Behörde/Rundfunkanstalt bekannt" ist.

Im Erlass vom September 2023 (5.2.2, Rz.58) wird nunmehr die Identifikationsnummer nach § 139b Abgabenordnung verlangt, womit die lebenslange, unveränderbare Identifikationsnummer gemeint ist.

Für ausländische Studierende ist die Vorlage einer solchen ID zumindest vor bzw. mit Beginn ihres Aufenthaltes schwierig.

Nach unserer Einschätzung der Mitteilungsverordnung und der Erlasse des BMF ist jedoch nicht vorgeschrieben, dass die ID vor oder mit Beginn des Aufenthaltes mitgeteilt wird.

Entsprechend muss das Vorliegen der ID nicht als Voraussetzung für hausinterne Zahlungen verlangt werden. Die mitteilungspflichtige Stelle muss die Daten grundsätzlich erst nach Ablauf des Besteuerungsjahres bis zum letzten Tag des Monats Februar des folgenden Jahres übermitteln. Insofern ist die Vorlage einer Steuer-ID vor oder bei Einreise der ausländischen Studierenden nicht durch die Erlasse und die Mitteilungsverordnung begründet.

3. Eventuelle Vereinfachung auf Antrag

Vor dem Hintergrund, dass die Förderleistungen an ausländische Studierende, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, nur geringe bzw. keine steuerliche Bedeutung haben, da die Eltern der ausländischen Studierenden in der Regel in Deutschland nicht zur Einkommenssteuer herangezogen werden können, könnte für ausländische Stipendienempfänger der Ausnahmetatbestand des § 2 Abs.2 MV herangezogen werden. Diese Entscheidung würde von der jeweils zuständigen obersten Landesfinanzbehörde nach Abstimmung mit den obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder getroffen. Hierfür müssten Hochschulen einen entsprechenden Antrag an die oberste Finanzbehörde des Bundeslandes richten, in dessen Bezirk die mitteilungspflichtige Hochschule ihren Sitz hat.

Soweit unsere Einschätzung der aktuellen rechtlichen Lage für 2025ff.

Parallel werden wir den Vorgang weiterverfolgen und Spielräume für grundsätzliche administrative Erleichterung im Hinblick auf das Erasmus+ Programm zu eruieren, wir kommen dazu auf Sie zurück.

Alle Notes finden Sie auch in unserem [Downloadcenter](#).